

Die Früchte des Friedens.

II.

Wie Preußen, so erntet auch bereits Frankreich die ersten Früchte des Friedens. Frankreich, das haben wir stets behauptet, und das wird auch durch die neuesten Nachrichten allseitig bestätigt, war gar nicht zum Kriege vorbereitet und würde daher für den Fall eines Krieges wenig Vorbeeren errungen haben. Ein Krieg würde weder für den Kaiser und seine Dynastie, noch für die nach l'honneur et gloire dürstenden Franzosen von Vortheil gewesen sein; nur die revolutionären Elemente hätten, wie aus jedem Unglücke, so auch aus diesem ihren Vortheil gezogen und das allgemeine Unglück benutzt, um Schrecken und Verwirrung, Elend und Unsicherheit in weitere und weitere Kreise zu tragen.

Frankreich, davon sind wir fest überzeugt, wäre in Folge des Krieges schweren Prüfungsstunden entgegengegangen. Statt dieser schweren Zeit hat es jetzt Friede und Freude. Unzählige Schaaren von Fremden eilen nach Paris zum Besuche, faulen, knüpfen Verbindungen an und schaffen dadurch täglich neue Bande, welche die Franzosen an den Frieden und die gewerbliche Arbeit knüpfen und ihnen den Krieg als ein Unglück erscheinen lassen. Das Jahr 1867 wird in Folge seiner Weltausstellung ein segensreiches Jahr für Paris und ganz Frankreich werden, viel segensreicher als alle die vergangenen Jahre mit ihren Kriegen.

Oder was hat Frankreich von seinen Kriegen gehabt? Die Krimm ist für seine Krieger ein großer Friedhof geworden wo Hunderttausende ruhen, Mexiko ist ihnen ein weites Grab gewesen und wenn Frankreich auch von Italien einzelne Gaue im italienischen Kriege erworben hat, so wiegt dies doch lange die Verluste nicht auf, die ihm die Kriege an Wohlstand und Menschenleben gekostet haben. Unter der Präsidentschaft des jetzigen Kaisers betrug die Staatsschuld am 1. Januar 1851 5345 Millionen Frank, jetzt beträgt sie über 15,000 Millionen Frank, also etwa 10,000 Millionen Frank mehr. Das giebt uns ein Bild, was diese Kriege dem Staate gekostet haben. Die Franzosen haben durch diese Kriege keine Vortheile errungen, für Europa aber sind sie durch ihre ewige Unruhe, durch das fortgesetzte Mißtrauen und die stets wiederkehrende Furcht vor dem Kriege eine Geißel und Brandfackel geworden, welche allem Handel die empfindlichsten Wunden bereitet haben.

Sollte Frankreich nun nicht an den Segnungen des heutigen Jahres erkennen, welche Früchte ihm der Friede gewährt und daß es viel vortheilhafter für Frankreich ist, seine Nachbarn ungestört und in Frieden zu lassen, als durch ewiges Herausfordern und Unruhe stiften ganz Europa gegen sich in Aufstand zu versetzen? Soviel man aus den Zeitungen erfahren kann, gewinnt schon jetzt diese Ansicht mehr und mehr Boden in Frankreich. Man lernt daselbst erkennen, daß Preußen eine Macht ist, welche als Gegner mindestens nicht zu verachten ist und daß es besser ist mit solcher Macht in Frieden zu leben, als sich den Wechselfällen eines ungewissen Krieges auszusetzen.

Je mehr diese Einsicht Boden gewinnt, um so mehr wird der Friede in Europa gesichert. Zu solchem Reifem der Einsicht aber ist unseres Erachtens nach der Friede viel mehr geeignet als der Krieg. Wir glauben daher auch dies zu den Früchten des Friedens rechnen zu dürfen, daß auch für die folgenden Jahre der Friede mehr gesichert ist als je. In der That, wollte Frankreich in den nächsten Jahren Krieg gegen Preußen beginnen, so würde niemand in Europa zweifeln können, wer der Schwere in unserm Erdtheile ist und dürfte Frankreich unzweifelhaft die Felle zu bezahlen haben. Solche Betrachtung dürfte denn doch genügen, auch die Kriegslustigen unter den Franzosen für Raison zu bringen.

Deutschland.

Berlin, 24. Mai. Sr. Majestät der König nahmen heute ¼ 10 Uhr den Vortrag des Polizei-Präsidenten von Wurmb entgegen und begaben Allerhöchstdieselbst hierauf nach dem Königl. Schauspielhause und nach den in der Französischen Straße belegenen Lokalitäten der Königl. Theater, um dieselben in Augenschein zu nehmen. Um 12½ Uhr nahmen Sr. Majestät der König militärische Meldungen entgegen und empfingen um 1 Uhr den Feldmarschall Grafen v. Wrangel und hierauf den Hausminister Freiherrn v. Schleinitz.

Nach einer der „B. B. Z.“ zugegangenen telegraphischen Depesche steht die Stadt Brody seit gestern in Flammen, und zwar hat das Feuer nach dieser Depesche so kolossale Dimensionen angenommen, daß man für den größten Theil der Stadt fürchtet.

Die Aeltesten der Danziger Kaufmannschaft haben in ihrer Sitzung vom 22. d. M. beschlossen, eine Vorstellung an den Ministerpräsidenten zu richten, dahin gehend, daß derselbe mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirken möge, daß eine internationale Einigung aller Seemächte herbeigeführt werde, durch welche der Schutz alles Privateigentums zur See in Kriegszeiten garantiert wird, wie dies im vergangenen Jahre nach dem Vorang Italiens von Seiten Oesterreichs und Preußens geschehen ist. Abschrift der Vorstellung wird anderen Handelsvorständen mit der Aufforderung um Unterstützung der Angelegenheit zugesandt werden.

Berlin, 24. Mai. (R. Z.) Bei dem Verhältnisse zu den süddeutschen Staaten handelt es sich vor Allem um zwei Punkte, um die Militär-Organisation und das Zollparlament. Die erstere ist seit der letzten Krise und unter dem Einflusse derselben einen Schritt vorwärts gelangt, obgleich noch genug zu thun bleibt, bis

den dringendsten Erfordernissen in völlig befriedigender Weise genügt sein wird. Die gegenseitige Ernennung von Militär-Bevollmächtigten soll bekanntlich die frühere Militär-Kommission für den Süden möglichst ersetzen. Dagegen wird der Abschluß von förmlichen neuen Militär-Konventionen mit süddeutschen Staaten, welche einige Zeitungen in Folge der letzten Krise in Aussicht stellen oder abgeschlossen sein lassen, von unterrichteter Seite bezweifelt. Die Nachricht scheint auf einem Irrthume zu beruhen. Verabredungen wegen der Herstellung süddeutscher Heeres-Einrichtungen, die den norddeutschen möglichst konform waren, finden unangesezt statt, und die Ernennung von Militär-Bevollmächtigten hat vor Allem diesen Zweck. Aber ein Abschluß von Konventionen wird, wie bemerkt, schwerlich beabsichtigt sein. Was das Zollparlament angeht, so hört man oft bemerken, daß statt desselben die einfache Abendung von süddeutschen Abgeordneten ad hoc zu dem norddeutschen Reichstage für kommerzielle Angelegenheiten vorzuziehen sein würde. Dagegen ist in der Theorie auch sicherlich nichts einzuwenden. Die parlamentarische Organisation ist in Norddeutschland ohnehin jetzt verwickelt genug. Eine andere Frage ist aber, ob eine solche Kombination Angesichts der gegenwärtigen Stimmung des Südens so bald zu verwirklichen sein wird. An einzelnen einflussreichen Stellen im Süden würde man sich eventuell wohl entgegenkommend zeigen. Im Allgemeinen aber scheint das sogenannte Zollparlament das Maximum dessen zu sein, was vorerst erreicht werden kann. Auch das wird, wie schon erwähnt, nicht ohne Zwischenstadien zu gewinnen sein. Die materiellen Interessen werden zum Glück bald genug den geeigneten Druck ausüben und die Sprödigkeit des Südens, die auch auf diesem Gebiete noch zu schaffen machen wird, besiegen helfen.

Die Vorgänge in Hannover machen das größte Aufsehen und beweisen von Neuem, daß die Annexion eher zu spät als zu früh erfolgt ist. Solche Spekulationen auf die Hilfe des Auslandes zeugen von einer Verdunkelung des sittlichen Bewußtseins, für welche die kleinen Höfe Preis die traurige Pflanzstätte waren.

Morgen soll die Petition der hessigen Studentenschaft um Abschaffung der Universitäts-Gerichtsbarkeit an das Abgeordnetenhaus gefandt werden. Die Denkschrift, welche die Petition begleitet und aus einem staatsrechtlichen, einem civil- und kriminalgerichtlichen Theil besteht, wird als eine fleißige und beachtenswerthe Arbeit sicher Anerkennung finden. Es mag hierbei erwähnt werden, daß sich das Material für die Arbeiten der Petitions-Kommission des Abgeordnetenhauses überhaupt um mehrere Gegenstände von allgemeiner Bedeutung erweitert hat, über welche vielleicht interessante Verhandlungen zu erwarten sind.

Die vom „Monteur“ neulich mit so vielem Emphase gemeldete Entlassung der Soldaten und Unteroffiziere vom Jahre 1860 hat, nach zuverlässigen Nachrichten, eine sehr untergeordnete Bedeutung. Im Ganzen sind 17,000 Mann entlassen worden, während der jetzige Bestand der französischen Armee das Friedens-effectiv noch um weitere 60,000 Mann übersteigt.

Das Vertrags-Verhältnis Luxemburgs zum Zollverein, von welchem in der jüngsten Zeit mehrfach die Rede gewesen, bezieht auf folgenden Bestimmungen: Der am 8. Februar 1842 zwischen Luxemburg und dem Zollverein abgeschlossene Vertrag lief bis zum letzten März 1846. Wir haben neulich schon bemerkt, daß durch denselben Luxemburg sich zugleich dem preussischen Zoll- und Steuersystem angeschlossen hatte, und in dieser Eigenschaft auch von Preußen bei dem Vertrage mit Frankreich vom 2. August 1862 vertreten wurde. Am 2. April 1847 kam ein neuer Vertrag wegen Anschlusses des Großherzogthums an das Zollsystem Preußens und der übrigen Staaten des Zollvereins auf weitere 12 Jahre zu Stande, der dann durch Vertrag vom 24. Dezember 1853 in Folge der Vereinigung des Steuer- und Zollvereins bis zum letzten Dezember 1865 ausgedehnt wurde. Luxemburg trat sodann in den Vertrag vom 16. Mai 1865 über, nachdem es den Vertrag von 1853 nicht wie in Art. 3 desselben festgesetzt war, zwei Jahre vor Ablauf gekündigt hatte. Wenngleich das Großherzogthum im Verhältnisse zu den übrigen Vereinsstaaten und in allen mit den letzteren vorzunehmenden Verhandlungen von Preußen vertreten wird, so besitzt es doch das Recht bei den jährlich stattfindenden Konferenzen in Zollvereins-Angelegenheiten den Abgeordneten eines der anderen Vereinsstaaten unter Zustimmung des Letzteren mit besonderer Vollmacht und Instruktion zu versehen, um der Großherzoglichen Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche auf den General-Konferenzen zur Kenntniß und Beschlußnahme der übrigen Vereins-Regierungen zu bringen.

Dresden, 22. Mai. Sr. Maj. der König Johann hat (wie das Kriegsministerium bekannt macht), „um der Armee den Ausdruck der Königlichsten Zufriedenheit für die im vergangenen Jahre bewiesene Treue und musterhafte Haltung zu erkennen zu geben, so wie in der Erwartung, daß dieselbe auch als 12. Armeekorps des norddeutschen Bundesheeres in diesen Tugenden fernerweit sich bewähren werde“, die Stiftung eines Erinnerungsgeldes für den Feldzug 1866 beschlossen, welches ein Jeder — General wie Soldat, Streittender wie Nichtstreittender — erhalten soll, der in dem Jahre 1866 mit einer Abtheilung der Armee die vaterländischen Grenzen überschritten, oder der Besatzung der Festung Königstein angehört hat. Dieses Erinnerungsgeld besteht aus einem bronzenen Kreuze, eine Seite zeigt den Königl. Namenszug, die andere die Jahreszahl 1866, von einem Eichenkranze umgeben, daselbe wird an einem gelben, dreimal blau gestreiften Bande nach den inländischen Orden und Ordens-Medallien getragen.

Ausland.

Wien, 23. Mai. Graf Anton Waldstein v. Wartemberg kam gestern Morgen aus Trebitsch hier an und miethete sich im Hotel „zum Kronprinzen von Oesterreich“ ein. Gestern Abend be-

suchte der Graf noch das Theater und wollte heute Morgen mit der Westbahn nach Linz weiter reisen. Als Graf Waldstein heute Morgen geweckt werden sollte, fand man ihn todt im Bette liegen. Alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Graf Anton Waldstein war 42 Jahre alt.

Paris, 20. Mai. Die deutsche Ausstellungs-Zeitung berichtet: Der von der Hütte Larnowit mit ausgestellte kleine Silberblock im Werthe von 300 Thirn. ist in der Zeit vom Abend des 16. bis Morgens 7 Uhr des 17. d. Mts. aus Saal 35 der preussischen Abtheilung der Ausstellung gestohlen worden. Angestellte Nachforschungen sind bis jetzt fruchtlos geblieben.

Paris, 22. Mai. Die Majorität ist nicht angenehm von den neuen Gesetzen überrascht worden, welche im Kaiserlichen Schreiben vom 19. Januar angekündigt wurden. Wer daran damals noch gezweifelt hat, dem müssen jetzt längst die Augen aufgegangen sein. Die Gründe für diese Erscheinung haben wir wiederholt entwickelt; es liegt auf der Hand, daß jene Sorte von Menschen, welche in der jetzigen Majorität unter der Führung eines Hegners Granier de Cassagnac eine bedeutende Rolle spielten, nicht für Erweiterungen im Sinne der Freiheit schwärmen konnten; das Monopol besonderer Treue und Besslichkeit, dem sie ihre Wahl und ihren Einfluß verdanken, wird durch ein anständigeres Versammlungs- und Pressgesetz durchlöchert. Nun ist es aber zugleich ganz im Geiste dieser Leute begründet, daß sie nicht wagen, dem Kaiser durch ein offenes Votum die Gesetze als zu frei zurückzuschieben; statt zu votiren, intrigiren und agitiren sie nur und betreiben die Vorarbeiten in den Kommissionen so beispiellos nachlässig, daß jetzt, nachdem sie drei Monate nutzlos vergebend haben, noch immer keine Aussicht ist, wann die so wichtigen Entwürfe auf die Tagesordnung kommen können. Die Anfrage, welche Glais-Bizoin daher im gesetzgebenden Körper stellte, wie es denn eigentlich mit den Arbeiten der Kommissionen stehe, war dem großen Publikum so sehr wie der Opposition aus dem Herzen gesprochen. Wir sind neugierig, was Schneider in der nächsten Sitzung antworten und was alsdann die Majorität leisten wird. Entschließt dieselbe sich zu einer Verwerfung des Press- und Versammlungsrechtes, so kommt die Regierung eben so gut wie die Presse in arge Verlegenheit; entschließt sich in Folge dessen aber der Kaiser zu einer Auflösung des gesetzgebenden Körpers, so ist es höchst wahrscheinlich, daß die Wahlen ganz und gar gegen die bisherige Majorität ausfallen; dann aber bleibt Koubert nur die Wahl, entweder den Kaiser für eine entschieden freisinnige innere Politik und für Minister-Veränderungen in diesem Sinne zu gewinnen, oder aber sich auf einen verzweifelten Kampf mit einer mächtigen Opposition vorzubereiten.

London, 21. Mai. (R. Pr. Z.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses legte Mr. Stuart Mill zwei Petitionen, deren eine 2348 Unterschriften aufzuweisen hat, vor, welche um das Stimmrecht für das weibliche Geschlecht bitten. Später schritt er zur Begründung dieser Petition. Er stellte zunächst den Antrag, daß wo in der Bill das Wort „men“ vorkommt, es durch „persons“ ersetzt werde, damit der unbilligen Ausschließung der Frauen vom Wahlrechte ein Ende gemacht sei. Eine Berechtigung dieser Ausschließung gebe es nicht, sie stehe vereinzelt im Bereiche der englischen Verfassung da, in sofern es kein zweites Beispiel einer so absoluten Ausschließung gebe. Durch diese werde nicht bloß gegen das Prinzip der Gerechtigkeit verstoßen, sondern auch gegen den Hauptgrundsatz der Verfassung, daß Besteuerung und Vertretung zusammengehörig sein sollen. Nun aber bezahlten Frauen eben so gut Steuern wie Männer. Es werde doch Niemand behaupten wollen, daß eine Frau, die einem Hauswesen oder Geschäfte vorsteht, Steuern zahlt, oder als Lehrerin ihren Schülerinnen mehr gelehrt hat, als viele männliche Wähler in ihrem ganzen Leben gelehrt haben, daß eine solche Frau nicht zum Stimmrecht fähig sei! Damit ein Individuum oder eine ganze Klasse vom Stimmrechte ausgeschlossen werden dürfe, müsse erst deren Mangel an Befähigung oder ihre Gefährlichkeit nachgewiesen werden. Auf die Frauen lasse sich aber weder das Eine noch das Andere beziehen. Welches seien also die praktischen Gegenstände? Doch wohl nicht, daß die Frauen bei Massenmeetings im Hyde-Park keine Rolle spielen? (Heiterkeit.) Es seien hier mehr Gefühls- als Verstandesgründe im Spiele, unter ihnen obenan das Gefühl, daß es sich um etwas Niedrigeres handle. Aber auch das sei nicht ganz richtig, und selbst wenn es richtig wäre, stümpe sich das Sträuben gegen alles Neue bald ab. Viele behaupten, Politik passe nicht für Frauen, würde sie ihren häuslichen Pflichten abwendig machen, und überdies besäßen sie schon Macht genug im Staate. (Heiterkeit.) Dagegen möge man doch bedenken, daß kein Mensch von seinen Pflichten abwendig gemacht wird, weil er einmal in ein paar Jahren zum Stimmplatz geht, daß Interesse an Staats-Angelegenheiten das Selbstbewußtsein der Frauen heben würde, und daß Frauen ein sehr gutes Urtheil über Finanzen haben, da sie ihr Leben lang darauf angewiesen seien, mit kleinen Mitteln große Resultate zu erzielen, während die Herren an der Spitze der Regierung mit großen Mitteln nur zu oft sehr Kleinliches zu Wege bringen. Man spreche zu viel von politischen, zu wenig von häuslichen und sozialen Revolutionen. Wollte man die Frauen nicht auf das geistige Niveau der Männer heben, dann würden die Männer auf den geistigen Standpunkt der Frauen zurückfallen, und wäre es wirklich wahr, daß das zarte Geschlecht sich nicht um politische Gleichstellung mit den Männern kümmere, dann würde dies nur die bisherige planmäßige Vernachlässigung ihrer geistigen Erziehung beweisen. Daß sie große Macht und viel Einfluß besäßen, sei kein haltbarer Gegenstand. Der Begüterte besitze überall mehr Einfluß, als der Arme, ohne daß deshalb noch irgend Jemand auf den Gedanken gekommen wäre, dessen politische

Table with multiple columns: Eisenbahn-Actien, Prioritäts-Obligationen, Preussische Fonds, Fremde Fonds, Bank- und Industrie-Papiere. Includes various stock and bond listings with prices and interest rates.

Familien-Nachrichten. Verehelicht: Herr Otto Bergmann mit Frä. Ida Andrich (Straßburg). Geboren: Ein Sohn: Herrn H. Neigel (Stettin).

Bekanntmachung. Der Konkurs über das Vermögen des Leinenwarenhändlers Carl Friedrich Awe, in Firma Carl Friedr. Awe zu Stettin ist durch rechtskräftig bestätigten Aktor beendet.

Rönlige Polizeidirektion v. Warnstedt. Öffentliche Impfungen im I. Polizei-Revier. Die öffentlichen Impfungen gemäß findet die Impfung der Pocken im I. Revier in diesem Jahre in der Gertrudenschule, Nachmittags von 3-4 Uhr in folgender Weise statt:

Rönlige Polizeidirektion v. Warnstedt. Öffentliche Impfungen im III. Polizei-Revier. Die öffentlichen Impfungen im III. Polizei-Revier finden nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften in diesem Jahre in dem Schullokale in der Baumstraße (Knaben-Freischule), Nachmittags 4 Uhr, in folgender Weise statt:

Rönlige Polizeidirektion v. Warnstedt. Öffentliche Impfungen im IV. Polizei-Revier. Die öffentlichen Impfungen im IV. Polizei-Revier finden nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften in diesem Jahre in folgender Weise statt:

1. in der Ministerial-Schule, Nachmittags 4 Uhr. Sonnabend, den 25. Mai: Impfung der Kinder aus der großen und kleinen B.-Anweberstraße. Sonnabend, den 1. Juni: Bestätigung der am 25. Mai geimpften und Impfung der Paradedepl., Kafematten, Konigsstraße, kleine Domstraße, Rohmarktstraße, Mönchenstraße, Rogmarkt, Achsestraße, Rohmarkt, Schulzenstraße Nr. 15-32 wohnenden Kinder.

Rönlige Polizeidirektion von Warnstedt. Öffentliche Impfungen im V. Polizei-Revier. Die öffentlichen Impfungen im V. Polizei-Revier finden nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften in diesem Jahre in folgender Weise statt:

Rönlige Polizeidirektion von Warnstedt. Öffentliche Impfungen im V. Polizei-Revier. Die öffentlichen Impfungen im V. Polizei-Revier finden nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften in diesem Jahre in folgender Weise statt:

Bekanntmachung. Stargard-Bojener Eisenbahn. Die Lieferung von 400 Mille Mauerziegeln, im Ganzen oder auch getheilt in Quantitäten von mindestens 50 Mille, soll in dem am 6. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, im Bureau des Unterzeichneten hier, Bahnhofstraße Nr. 2 a, zwei Treppen hoch, anstehenden Submissions-Termin an den Mindestfordernden vergeben werden.

Bekanntmachung. Auf dem Königl. Bauhofe zu Grabow a. D. sollen im Laufe dieses Jahres eine Schmiede und ein kleines Stallgebäude neu errichtet, sowie das dort vorhandene Wärrterhaus umgebaut werden.

Bekanntmachung. Zur Verpachtung der Fischerei in den Oberströmen, dem Dammschen See und dem Papenwasser nach dem Pachttarif auf das Pachthahr vom 1. Juni 1867/68 stehen Termine:

Pommersches Museum. Die Mitglieder des Vereins „Pommersches Museum“ werden eingeladen, sich am Sonnabend den 25. Mai um 4 Uhr Nachmittags in den, dem Verein überwiesenen Räumen des hiesigen Schlosses (am Münzhof) zu einer General-Versammlung einzufinden.

Sauptgewinn fl. 250,000!! Gewinnzieh. am 1. Juni 1867 der garantierten Staats-Prämien-Lotterie. Hauptgewinn fl. 250,000, 1 a 25,000, 1 a 15,000, 1 a 10,000, 2 a 5,000, 3 a 2,000, 6 a 1,000, 15 a 500, 30 a 400, 740 a 150 fl., welche an diesem Tage unbedingt gezogen werden müssen.

Am 1. Juni d. J. große Gewinnziehung des Staats-Prämien-Anlehens. Nachstehende namhafte Preise müssen in dieser einen Ziehung unbedingt gewonnen werden: fl. 250,000, 25,000, 15,000, 10,000, 2 a 5,000, 3 a 2,000, 6 a 1,000, 15 a 500, 30 a 400, 740 a 150.

